

Bezugspreis:

Für den Monat November 400,- M.,
woraus zahlbar. Unter Kreuzband
für Deutschland, Dänzig, Coar- und
Brombeil sowie Ostpreußen und
Pommern 400,- M., für das übrige
Ausland 600,- M. Bestellungen
nehmen an Postämtern, Postfach,
England, Irland, Finnland, Frank-
reich, Dänzig, Belgien, Luxemburg,
Dänemark, Schweden, Schweiz,
Estland, Lettland und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareilzeile
zählt 20,- M. Reklamazeile 400,- M.
„Kleine Anzeigen“ des Freitagdrucks
Wort 20,- M. (zählend zwei seit-
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
16,- M. Stellengesuche und Schlei-
stellenanzeigen das erste Wort
10,- M., jedes weitere Wort 8,- M.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Seite 25,- M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Beifügt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 2. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction
der Postamt-Gesellschaft, Postfach 10000

Für aktive Währungspolitik!

Die Gewerkschaften an den Reichskanzler.

In einer Denkschrift an den Reichskanzler, an die Reichs-
ministerien und an die Parteien schlagen die Spitzenver-
bände der deutschen Gewerkschaften aller
Richtungen Mittel zur Verhütung des weite-
ren Zerfalls der Markwährung vor. Die Denkschrift hat folgenden Wortlaut:

Die verheerenden Wirkungen des Marksturzes haben
einen Grad erreicht, der nicht mehr zu ertragen ist. Nicht nur scheitert jeder Versuch, das Lohnniveau der Arbeitnehmer der
Sprunghaft fortschreitenden Verteuerung aller Lebensnotwendig-
keiten anzupassen, sondern den Gewerkschaften wird es immer mehr
erschwert, überhaupt noch Lohnverhandlungen
zu führen und tarifliche Vereinbarungen zu treffen.
Schon nach Kriegsende mußten die ehemals mehrjährigen
Tarifabschlüsse durch halbjährliche ersetzt werden. Später zwangen
die Valutaschwankungen der letzten Jahre, zu drei-, zwei- und ein-
monatlichen Abschlüssen überzugehen. Auch diese Regel hat dem
raschen Wechsel der Verhältnisse nicht standgehalten. Halbmonat-
liche, ja selbst wöchentliche Lohnverhandlungen sind
keine Seltenheit mehr. Die rasende Teuerung spottet selbst dieser
Versuche, Schritt zu halten.

Jede Neuverteilung kommt verspätet, wenn die Preise im
Handumdrehen in die Höhe schnellen.

Ein Tarifabschluß, der beim Inkrafttreten schon überholt ist, ver-
liert immer mehr praktische Bedeutung.

Es kann nicht ausbleiben, daß, wenn die Gewerkschaften außer-
stande sind, die Lohnverhandlungen für die Arbeiter zu führen, sich
der Arbeiter eine Unrast bemächtigt. Schon lange leidet die
Erzeugung unter den fortwährenden Lohnverhandlungen, an
denen die Arbeitnehmer in den Betrieben nicht bloß teilnehmend,
sondern vielfach tätig Anteil nehmen. Die Arbeiten der Betriebsräte häufen
sich und die Arbeiter und Angestellten kommen aus den Lohn- und
Gehaltsverhandlungen nicht mehr heraus. Hoffnungen wechseln mit
Enttäuschungen, kein Ergebnis kann sie mehr befriedigen, denn schon
beweisen neue Geldentwertungen und Preissteigerungen seine Unzu-
verlässigkeit. Der berechtigten Ruf nach Produktionssteige-
rung bleibt unerfüllt, solange diese Produktionshemmung
fortbesteht.

Unsere Wirtschaft bricht zusammen, wenn es nicht gelingt, bald
wieder ruhige Verhältnisse zu schaffen.

die geordnete Verhandlungen und feste Lohnvereinbarungen er-
möglichst.

Die Hauptquelle der Teuerung bildet die ständige Entwertung
des deutschen Geldes. Alle Versuche, die einheimischen Warenpreise
den Weltmarktpreisen anzupassen, müssen aussichtslos bleiben, da
deutsche Verbraucher solche Waren nicht mehr kaufen
können. Die Anpassung der Löhne an den Weltmarkt würde aber
die Wirtschaftskatastrophe nur beschleunigen. Aus diesem Dilemma
müssen wir durch eine

Stabilisierung der deutschen Mark

herauskommen. Sie herbeizuführen ist die dringlichste Pflicht des
Reichstages und der Reichsregierung. Die Einschränkung des
Devisenhandels durch die Verordnung vom 14. Oktober 1922 war
nur ein erster Schritt zu diesem Ziel und würde erfolglos bleiben,
wenn nicht weitere ernste Schritte getan werden. Die deutsche Mark
als Zahlungsmittel und Wertmesser darf nicht preisgegeben werden,
denn mit ihrer Erhaltung ist das Lebensinteresse der
arbeitenden Bevölkerung und das Wohl und Wehe

aller Verbraucher sowie das Schicksal des deutschen Staates ver-
knüpft.

Eine Stütze der deutschen Mark würde u. a. erreicht werden
durch die Einführung einer wertbeständigen inneren Anleihe, die
allen Teilen der Bevölkerung zugänglich sein und für die eine sichere
Deckung geschaffen werden muß. Ob diese sichere Deckung herbei-
zuführen ist durch Heranziehung eines Teils der Reichsbankgold-
reserven oder durch eine den Geldwertschwankungen sich anpassende,
zu reservierende Steuer oder durch eine Solidarhaft der deutschen
Erwerbstätigen, ist besonders zu prüfen. Kein Versuch, die Mark-
währung zu retten, darf unterbleiben, der Erfolg verspricht.

Im weiteren muß eine Gesundung der Staatsfinanzen auf dem
Gebiete der Steuererfassung verlangt werden, die dem
weiteren Notendruck vorbeugt. Es ist für Arbeitnehmer ebenso un-
verständlich wie unerträglich, daß ihnen die Steuerabzüge wöchentlich
oder monatlich vom Einkommen abgezogen werden, während
die Steuereinzahlung bei den Unternehmern und
den bestehenden Klassen jahrelang auf sich warten läßt. Eine
Abführung der Steuerbeträge in kürzesten Perioden muß unter
allen Umständen durchgeführt werden. Für die zu spät eingehenden
Steuerbeträge müßten der Geldentwertung entsprechende Zuschläge
erhoben werden.

Die Devisenordnung bliebe ein Schlag ins Wasser, wenn sie
nicht durch eine praktikablere Ausgestaltung der Devisenkontrolle er-
gänzt würde. Es bleibt zu prüfen, ob nicht auch die wirtschaftlichen
Verbände der Arbeiter und Angestellten zu dieser Kontrolle heran-
gezogen werden könnten.

Endlich erwarten wir, daß die Verhandlungen zur
Erreichung einer Auslandsanleihe zwecks Stabilisierung der Mark
mit erneutem Nachdruck aufgenommen und durchgeführt
werden. Sie werden aber nur dann zu einem Ergebnis führen,
wenn zuvor alle Anstrengungen gemacht werden, um der weiteren
Entwertung der Mark eine Grenze zu ziehen.

Die Gewerkschaften verlangen nicht, daß nach wie vor das
Hauptbestreben der Regierung darauf gerichtet sein muß, die un-
erträgliche Reparationslast, als die Hauptursache des Wäh-
rungszerfalls, auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabzusetzen
und zu einem Zwangsvergleich mit der Entente zu kommen. Die
Gewerkschaften verlangen außerdem von der Regierung die Herbei-
führung einer größeren Durchsichtsmachung der Kartelle, Spandlätze
und Trusts, die teilweise durch eine volkswirtschaftlich schädliche
Preispolitik den Zerfall der Währung fördern. Ferner ist zu for-
dern, daß mit der schon so oft verlangten und angeforderten
Sparsamkeit und Vereinfachung in allen öffentlichen
Betrieben und Verwaltungen endlich schleunigst Ernst
gemacht wird. Schließlich erwarten die Gewerkschaften von der
Reichsregierung die baldige Verlegung eines großzügigen Pro-
duktionssteigerungsplanes, der die Befriedigung der
lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes sichert.

Die gemeinsam unterzeichneten Gewerkschaften beschwören
die Parteien des Deutschen Reichstages und die Reichsregierung,
nicht länger zu zögern, um der Katastrophe der völligen
Markentwertung, die zum Zusammenbruch unserer Wirtschaft
führen muß, Einhalt zu tun.

Die Denkschrift trägt folgende Unterschriften: Allgemeiner
Deutscher Gewerkschaftsbund; gez.: Th. Leipart, Allgemeiner
freier Angestelltenbund; gez.: W. Stähr, Deutscher
Gewerkschaftsbund; gez.: F. Baltusch, Gewerkschafts-
bund Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände
(H.-D.); gez.: G. Hartmann.

Botschafter Frassati zurückgetreten.

Wie wir bereits angedeutet haben, ist Graf Sforza nicht der
einzige Vertreter Italiens im Auslande, der nicht Herrn Mussolini
Botschafter sein will. Von der hiesigen italienischen Botschaft geht
dem WTB folgende Meldung zu: Gleich nach der Bildung des neuen
italienischen Kabinetts hat Seine Excellenz der italienische Botschafter
in Berlin, Senator Frassati, in Anbetracht der veränderten poli-
tischen Lage seine Demission beim Minister des Auswärtigen in
Rom eingereicht.

Nach einer Havasmeldung aus Rom hat Mussolini die Demission
Graf Sforzas mit einem Telegramm beantwortet, in dem es u. a.
heißt: „Ich muß Ihren Entschluß zurückzutreten, bevor Sie mein
außenpolitisches Programm kennen gelernt haben, als eine wenig
freundliche und zeitgemäße Handlung ansehen. Mein
Programm der Außenpolitik werde ich vor der Kammer aus-
einandersetzen, und es wird auf alle Fälle nicht ohne Summe von
Gefühlen und Empfindlichkeiten sein, wie Sie zu Un-
recht annehmen. Ich fordere Sie in aller Form auf, im Sinne zu
bleiben und der Regierung, die im Ausenblick den höchsten
Ausdruck der nationalen Gefühle darstellt, keine
Schwierigkeiten zu machen.“

Geldentaten.

Rom, 1. November. (CP.) Nach der Parade haben Fascisten
das britische und das amerikanische Generalkonsulat zur

Stellung der italienischen Flagge gezwungen. In ganz Italien
wurden Racheakte gegen zahlreiche Sozialisten und Kommunisten
verübt. Die Arbeitskammer von Rom wurde in Brand gesteckt
und die kommunistischen Klubs wurden verwüstet, wobei es drei
Tote gab. In verschiedenen Orten Apuliens wurden mehrere
Arbeitskammern zerstört, wobei eine Person getötet und mehrere
verletzt wurden. Im Laufe der Nacht haben viele Fascisten Rom
verlassen. Bei einem Zwischenfall in Brescia, wo eine Gruppe
von Fascisten mit Bomben beworfen wurde, gab es einen Toten
und einen Verletzten. Die Fascisten verwüsteten hierauf die
sozialistischen Vereinstokale der Stadt.

Kein Parlament — aber Börse!

Mailand, 1. November. (CP.) In Industrie- und Börsen-
kreisen wird die Nachricht von der sofortigen Wiederöffnung der
Börse mit lebhafter Befriedigung aufgenommen. Diese Maßnahme
zeige, daß die neue Regierung die Krise als überwunden
betrachte.

Der Staatsgerichtshof verwarf in der letzten Sitzung die Be-
schwerde gegen die Auflösung der Jugendvereine „Die
Kampfschicht“ in Kassel. Das Verbot der Monatschrift „Volk
und Vaterland“ in Trossdorf (Niederschlesien) ermächtigte er auf drei
Monate.

Alfred Coyus, der politische Leiter des „Figaro“ und sehr be-
kannte Lustspielautor, Mitglied der Akademie seit 1914, ist im Alter
von 64 Jahren nach einer Operation gestorben.

Havensteins Vorstoß.

Die Veröffentlichung der Rede des Reichsbankpräsidenten
Dr. Havenstein, die bereits am 28. Oktober gehalten
wurde, gerade an dem Tage, an dem die Verhandlungen mit
der Reparationskommission wegen der Stabilisierung der Mark
in Zug gekommen, hat die innere Debatte über dieses Problem
neu eröffnet. Aber nicht nur diese leicht vorauszuweisende Wir-
kung spricht für einen fast unbegreiflichen Mangel an
politischem Verantwortungsgefühl bei ihren
Arhebern. Denn die Veröffentlichung ist außerdem auch ge-
eignet, die Verhandlungen mit den ausländischen Unterhänd-
lern, die wahrscheinlich nicht leicht sein werden, wesentlich zu
erschweren. Sie raubt aber auch der deutschen Öffentlichkeit
den ohnedies geringen Glauben, daß ihre Interessen in den
richtigen Händen liegen.

Herr Havenstein ist einer der zu Verhandlungen mit der
Reparationskommission beauftragten Sachverständigen. Neben
ihm wirken in gleicher Eigenschaft einige Bankiers und Na-
tionalökonom. Alle ohne Ausnahme stehen sie auf dem
Standpunkt Havensteins: nur beiseite nichts tun
und unter keinen Umständen den Goldschatz der Reichsbank
produktiv verwenden. Alle Sachverständigen, die anderer
Meinung sind, sind ausgeschaltet. Wir glauben nicht, daß
dieser Zustand, der den ausländischen Unterhändlern doch
nicht verborgen bleiben kann, ihr Zutrauen zu dem guten
Willen Deutschlands erhöht. Und wir halten es für dringend
erforderlich, daß diese bewußte Einseitigkeit in der
Auswahl der Sachverständigen raschestens aufgegeben wird
und auch diejenigen Männer zu Worte kommen, die, dem
Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes entsprechend,
positive Maßnahmen zur Stützung der Mark für erforderlich
halten.

Nichts hat uns im In- und Auslande bisher so stark ge-
schadet, wie unsere Latenzlosigkeit, verursacht durch die Resi-
gnation unserer maßgebenden Wirtschaftskreise. Nach ihrer Auffassung ist der Sturz der Mark un-
vermeidlich und das Eindringen fremder Zahlungsmittel in
die deutsche Wirtschaft ein naturgemäßer Prozeß. Am aller-
deutlichsten ist diese Auffassung ausgedrückt in einer Zuschrift
aus Hamburger Handelskreisen, die das „Berliner Tageblatt“
vom 1. November veröffentlicht:

„Mit unwiderstehlicher Folgerichtigkeit nimmt dieser Ver-
drängungsprozeß der Reichsmark durch wertbeständige Valuten
seinen Fortgang und wird erst beendet sein, wenn nahezu alle
produzierenden und handelsreibenden Kreise ihr
Betriebskapital in wertbeständiger Valuta
angelegt haben.“

Kann man sich bei solchen Auffassungen, die ja geradezu
den weiteren Sturz der Mark herbeisehnen, darüber wundern,
daß in den Kreisen der hier in Berlin anwesenden neu-
tralen Sachverständigen die Auffassung entstanden
ist, die Depression der Mark sei die Folge der Depression
der deutschen Wirtschaftskreise?

Wir fürchten, daß diese Auffassung durch die Rede des
Herrn Havenstein neue Nahrung erhält. Deshalb ist es not-
wendig, darauf hinzuweisen, daß nicht nur die Vereinigte So-
zialdemokratische Partei und die hinter ihr stehenden Massen
der Bevölkerung den Sturz der Mark für aufhaltbar ansehen,
sondern daß diese Meinung geteilt wird auch von den Ar-
beiterkammern, die der Zentrumspartei und der Demokratischen
Partei nahestehen. In einer Denkschrift der gewerk-
schaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen
an den Reichskanzler, die in diesen Tagen übergeben
wurde und die wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen,
sind die sozialdemokratischen Forderungen zur Stabilisierung
der Mark fast wörtlich enthalten.

Herr Havenstein hat erneut die durch die Verwendung
des Goldschatzes der Reichsbank zur Stützung der Mark ent-
stehende Gefahr des Verlustes dieses Goldes
an die Wand gemalt. Demgegenüber ist schon unzählige Male
von uns dargelegt worden, daß die Verwirklichung der sozial-
demokratischen Pläne in keiner Weise die Weggabe des
Goldes der Reichsbank bedeutet. Denn der Devisenfonds, der
zur Stützung der Mark erforderlich ist, kann bereits
durch die Verpfändung eines Teiles des Reichsbank-
goldes, etwa in der Form, die bereits bei der Lösung des
belfassischen Abkommens mit Zustimmung der Reichsbank an-
gemeldet worden ist, gebildet werden. Die von Herrn Haven-
stein geschilderten Gefahren sind also gewaltig übertrieben.
Und man wird den Eindruck nicht los, daß er und das Reichs-
bankdirektorium sich vor allem aus Gründen, die mit dem
Eigeninteresse der Reichsbank unmittelbar verknüpft
sind und mit den volkswirtschaftlichen Interessen der Gesamt-
heit nichts zu tun haben, gegen die produktive Ver-
wendung des Goldschatzes wenden.

Ein solcher Standpunkt ist im gegenwärtigen Augenblick
äußerst gefährlich, besonders dann, wenn er von keinerlei
besseren oder auch nur anderen Vorschlägen begleitet ist.
Denn mit Recht verlangt das Ausland von uns weitere Vor-
schläge. Es will wissen, wie wir uns die Stabilisierung der
Mark denken, es will sehen, daß wir etwas tun, um Besserung

zu schaffen. Aus den Aufstellungen der Reparationskommission geht hervor, daß auch sie die Stabilisierung der Mark will. Es dürfte wohl keine übertriebene Hoffnung sein, daß das Ergebnis der Berliner Verhandlungen die Vertiefung der Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme sein wird. Denn ohne sie erfolgt der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, eine Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und die völlige Unmöglichkeit irgendwelcher Reparationszahlungen.

So liegt es also im Interesse der Entente, zunächst einmal für die Stabilisierung der Mark zu sorgen. Will die Reparationskommission eine wirtschaftliche und politische Entspannung herbeiführen, so wird sie diese Entwicklung nicht fördern dürfen. Finanz- und Wirtschaftskontrolle aber wäre eine solche Störung. Politische Sanktionen sind ebenso ein Hemmnis der Wirtschaftsentwicklung wie eine ökonomische Überbelastung. Die deutsche Wirtschaft braucht eine Atempause und braucht eine Entlastung, um von sich aus wirksames tun zu können. Beides muß ihr die Reparationskommission ermöglichen. Neben dem Moratorium und durch sie muß die Gewährleistung einer ausländischen Anleihe gefördert werden, damit die eigenen Laten Deutschlands nicht wirkungslos bleiben. Auf diese Weise kann am ehesten und besten dem weiteren Verfall der Mark vorgebeugt werden, der das wirtschaftliche und politische Chaos in Deutschland zur Folge hätte.

Die Finanzberatungen.

Die ersten Verhandlungen der Reparationskommission mit der Reichsregierung trugen ausschließlich informativen Charakter. Barthou wie Bradburg hatten den Wunsch, über die deutsche Wirtschaft- und Finanzlage eingehend unterrichtet zu werden. Das ist inzwischen in gebührender Weise geschehen, so daß die Besprechungen jetzt weniger informativen Charakter tragen und die Stabilisierung der Mark im Vordergrund aller Erörterungen steht. Alle Mitglieder der Reparationskommission sollen bei diesen Besprechungen das Bestreben zu einer Verständigung zeigen. Zunächst handelt es sich, so schreibt der „Sozialdem. Parlamentsdienst“, nicht um innerpolitische Maßnahmen der Reichsregierung zur Stabilisierung der Mark, sondern hauptsächlich um die Gewährung einer Auslandsanleihe, die die Reparationskommission für Deutschland unter bestimmten Sicherheiten aufnehmen soll.

Nicht ohne Einfluß auf den Gang der Verhandlungen mit der Reparationskommission dürften die Besprechungen mit den von der Reichsregierung geladenen ausländischen Finanzfachverständigen sein. Die Besprechungen dieser Sachverständigen, die heute, Donnerstag, beginnen, gelten ebenfalls in der Hauptsache der Stabilisierung der Mark und damit zugleich der allgemeinen deutschen und europäischen Wirtschaftslage. Die Regierung wünscht, ein sachliches Gutachten zu erhalten, das vielleicht auch der Reparationskommission bei ihren endgültigen Entscheidungen dienlich ist. Zwar hat bereits einmal ein Gutachten maßgebender Bankiers an die Reparationskommission ein Fiasko erlitten. Seitdem aber haben sich nicht nur die Verhältnisse, sondern auch die Meinungen geändert. Man hat, wenn auch langsam und nach vielen Erfahrungen, jetzt doch fast allgemein eingesehen, daß die Fortsetzung der bisher betriebenen Reparationspolitik nicht nur den Ruin Deutschlands, sondern auch den Ruin anderer europäischer Länder bedeutet. Dafür liefern die bisherigen Berliner Verhandlungen auch einen Beweis.

Der von den Parteiführern eingesehene parlamentarische Sachausschuß zur Beratung wirtschaftspolitischer Fragen hat die am Sonntag abgebrochenen vertraulichen Verhandlungen am gestrigen Mittwoch fortgesetzt. Besprochen wurden ausschließlich steuer- und finanzpolitische Maß-

nahmen. Die allgemeinen währungspolitischen Erörterungen sollen erst am Montag oder Dienstag ausgenommen werden.

Offiziell wird durch WTB. gemeldet: Die erste Verhandlung mit der Reparationskommission verlief in durchaus sachlicher Form. Barthou erklärte, daß erstens die Balancierung des Budgets, zweitens die Frage der schwebenden Schuld und drittens die Stabilisierung der Mark die Hauptaufgaben seien, die jetzt behandelt werden müßten. Die Kommission beabsichtigt nicht, die deutsche Souveränität anzuzweifeln, sie hoffe aber auf lokale Zusammenarbeit und sei auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt, eingehende Fragen zu stellen. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag über die allgemeine Gestaltung des Budgets für das laufende Jahr, soweit es sich bisher übersehen läßt. Danach stellte die Gegenseite verschiedene Fragen mit dem Zweck, hierüber näheres Material im Laufe der nächsten Sitzung zu erhalten. Es interessierten besonders die Ausgaben für den Reichsbahnetat und die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts. Staatssekretär Schröder teilte mit, daß das voraussichtliche Defizit des Budgets etwa 440 Millionen betragen werde, das im wesentlichen zu Lasten des Friedensvertrages gehe.

Am Nachmittag entwickelte der Reichsminister der Finanzen seine Auffassung über die Umstände, welche in Betracht gezogen werden müßten, wenn einer weiteren Verschlechterung der Mark nachzugehen und mit Erfolg entgegengetreten werden soll, und welche zugleich maßgebend sein würden, um ein richtiges Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt herzustellen. Die Verhandlungen werden Donnerstag nachmittag fortgesetzt.

Putschgerüchte in München.

Rupprechts „Manneswort“.

Der „Deta“ (früher „Dena“) wird aus München geschrieben:

Es ist zweifellos, daß die Vorbereitungen zu einem Rechtsputsch sehr weit gediehen sind. Das Zentrum dieser Bewegung ist die Villa des früheren bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr in München, der neben dem General Ludendorff an der Spitze der ganzen Bewegung steht. Auch Ehrhardt ist bereits in der Villa des Herrn v. Kahr gewesen. Das Reichswehrkommando München dürfte mit fliegenden Fahnen bei einem monarchistischen Putsch zu den Reichsregimenten übergehen. Man hat bereits Etappen für den Vormarsch nach Berlin festgelegt, bekannt sind solche Etappen in München und in Ostpreußen.

Das beweist also, daß die Bewegung nicht nur in Bayern, sondern auch in Ostpreußen bereits organisiert ist. Ein bekannter Politiker der Deutschen Volkspartei, der unlängst vorübergehend in München weilte, hatte eine Unterredung mit dem ehemaligen Kronprinzen Rupprecht von Bayern, in der auch die Frage eines Putsches zur Sprache kam. Der Politiker wies dabei auf die drohenden Anzeichen eines Putsches und auf die damit verbundenen Gefahren hin und fragte, ob Kronprinz Rupprecht sich, wie behauptet werde, an die Spitze dieser Regierung stellen, und ob er einem Ruf, sei es als König von Bayern, sei es als deutscher Kaiser Folge leisten werde. Der Politiker wies darauf hin, daß in diesem Falle Deutschland nicht nur in zwei, sondern wahrscheinlich in drei oder mehr Teile zerfallen würde. Kronprinz Rupprecht hat darauf geantwortet, daß er der fraglichen Bewegung vollständig fernstehe, und daß er sich der Gefahr einer solchen Aktion für das Reich völlig bewußt sei. Der Kronprinz hat dem Volksparteiler darauf sein Manneswort gegeben, daß er einem Ruf, sowohl als König wie als Kaiser nie und nimmer Folge leisten werde. Ueber die Frage eines Staatspräsidenten wurde nicht gesprochen, diese Frage bleibt also offen. Zum Schluß äußerte sich Kronprinz Rupprecht wörtlich: „An meiner Person wird und darf die Reichseinheit nicht scheitern!“

Der erste Teil des Berichts dürfte an der Wahrheit nicht weit vorbeigehen. Daß sich in der deutschösterreichischen Clique Bayerns Elemente finden, die lieber heute als morgen loszuschlagen möchten, ist bekannt. Allerdings weiß man auch, daß innerhalb der bayerischen Hakenkreuzler starke Spannungen

und Gegensätzlichkeiten bestehen, die einer gemeinsamen Aktion nicht gerade das beste Vorzeichen geben. Inwieweit nun die Putschvorbereitungen mit der bayerischen Ministerkrisis zusammenhängen und bis zu welchem Grade die Putschgerüchte in der Krise ihren Ursprung haben, ist vorerst nicht klar ersichtlich. Wenn es in dem Bericht weiter heißt, Kronprinz Rupprecht habe das Zusammenhängen mit den Verschwörern abgelehnt, so mag das insofern richtig sein, als sich Rupprecht bisher stets vorsichtig im Hintergrund gehalten hat. Wären die Bekundungen des Volksparteilers richtig, so müßte bei Rupprecht ein erfreulicher Gesinnungsumschwung eingetreten sein, aber wahrscheinlich sind sie falsch.

In der Mittwochausgabe der deutschnationalen „Schlesischen Ztg.“ heißt es: „Der deutsche Bürger wird sich nach dem Vorbild der Jesuiten rühren müssen, da in diesem Winter seine Wehrhaftigkeit jedenfalls auf die Probe gestellt werden wird.“ Das soll natürlich beiseite nicht heißen, daß die Deutschnationalen mit den Umstürzern, Geheimbündlern und Wehrhelmsörnern etwas zu tun haben wollen. Sie sind alle unschuldig, wenn die Sache schief geht und belagert sich über schlechte Behandlung, wenn man sagt: „Der Feind steht rechts.“ Das ist gut deutsch und gut national und jedenfalls sehr wehrhaft.

Deutschvölkische Gesinnungstreue.

Eine Geschichte, die ganz unwahrscheinlich klingt und doch wahr ist, berichtet das „Hamburger Fremdenblatt“. Im Juli wurde von dem in Hamburg erscheinenden israelitischen Familienblatt ein Buchhalter namens Brandt auf Grund vorzüglicher Zeugnisse engagiert, der bald das Vertrauen des Arbeitgebers gewann. Nach etwa 6 Wochen verschwand Brandt unter Mithahme der Steuerkasse des Personals. Die Nachforschungen ergaben, daß die vorgelegten Zeugnisse gefälscht waren. Durch das Studium des Leipziger Prozessberichts, in dem erwähnt wird, daß hinter dem sündigen Komplizen der Mörder der Kathenaus, Brandt, ein Steckbrief erlassen worden sei, wurde der Verleger des Hamburger Blattes auf die Namensgleichheit der beiden Geflüchten aufmerksam und wies die Polizei darauf hin. Die nunmehr erfolgte Vorlage der Photographie des Steckbrieflich gesuchten Brandt ergab die Identität des Defraudanten mit diesem.

Deutschvölkisch und Defraudant, Antisemit und Buchhalter eines israelitischen Familienblattes — Graf Westarp kann stolz sein auf seinen deutschvölkischen Heerführer, den er der Deutschnationalen Partei erhalten wissen möchte.

Die „Deutsche Zeitung“ erhebt sich darüber, daß in der „Bosnischen Zeitung“ ein Ausländer zu Worte kommt, der die Tatsache, daß in einer Papierhandlung bei der Technischen Hochschule Liebesgaben für den Mörder der Kathenaus, Tschow, gesammelt werden, mit einigen zutreffenden Glossen verzieht. „Ausländer haben in solchen Fragen in Deutschland das Maul zu halten“, schreibt sie in dem bei ihr üblichen Unteroffiziersston. Das ist verständlich. Die Deutschvölkischen ziehen es nun einmal vor, unter sich zu bleiben, und ein Tschow oder Brandt, Buchhalter des „Israelitischen Familienblattes“, steht ihnen näher als ein ausländischer Student, der bekennend von Deutschland seine Kultur erhalten zu haben.

Reichstag erst Mitte November.

Der Ältestenrat des Reichstags wird, wie wir erfahren, am 3. November zu einer Sitzung zusammenzutreten, um über die Einberufung des Reichstags zu beraten. Da die Verhandlungen mit der Reparationskommission Regierung und Abgeordnete stark in Anspruch nehmen, will man von der ursprünglich geplanten Berufung des Reichstags zum 7. November Abstand nehmen. Angesichts der weiteren Tatsache, daß der 9. November ein Feiertag ist, dürfte es ratsam erscheinen, den Einberufungstermin auf die Mitte des Monats zu verlegen.

Der Adjutant.

Von Paul Pagan.

Es gibt nichts Neues unter der Sonne, sagt der seltsame Ben Akiba. Wir wissen, daß er ein falscher Prophet ist, denn wir finden fast täglich Fundeinzelne.

Mördern werden Ruhmestränke gemunden, Holunken für Heiden gehalten, und Hofanna gesungen dem Hakenkreuz. So freuen wir uns immer wieder über etwas Neues, und es ist erhebend, in einer Zeit zusammen mit noch nie Dagewesenen leben zu dürfen.

Da stand zum Beispiel in einer Zeitung dieses Inserat:

Hauptmann a. D.

40 J. kaufm. geb. groß. Organ-Talent.

f. sofort od. später Stellung als

Adjutant

bei Großkaufmann od. Direktor

u. u. G. od. Industrie. Berlin.

Ein gewöhnlicher Sterblicher freilich wird inserieren: Ich möchte eine Stellung in einem kaufmännischen Geschäft haben. Doch ein Hauptmann ist eben kein gewöhnlicher Sterblicher, und Adjutant eines Kaufmanns — darauf ist bisher noch keiner gekommen.

Der Herr Hauptmann kennt die Geschichte, die ihn gelehrt hat, daß es königliche Kaufleute gibt, und mit dem Schorsffinn, den man an preussischen Offizieren immer schätzen mußte, ist ihm eingefallen, daß es gilt, hier eine Bücke zu füllen.

Könige kennt man nicht ohne Adjutanten, und, so kalkuliert der schlaue Herr, königliche Kaufleute müssen sich natürlich auch einen Adjutanten anschaffen.

Und der Herr Hauptmann ist noch mal so gut, sich dazu herzugeben.

Man denke nur: ein richtiggehender Hauptmann, der früher die besten und begründeten Ausichten hatte, zum Adjutanten eines richtiggehenden Königs zu avancieren, läßt sich herab, Adjutant eines Kaufmanns zu werden.

Die Kaufleute aber werden sich reifen um den Adjutanten, und der Herr Hauptmann wird sicher auf sein Inserat so viele und so verlockende Angebote erhalten, daß er nicht wissen wird, wem er seine geschätzte Kraft zur Verfügung stellen soll.

Dem Kaufmann wird es gewiß auch gar nicht darauf ankommen, seinem Adjutanten eine schöne und schmutze Uniform anfertigen zu lassen. Dann sind alle Teile zufriedengestellt. Der Kaufmann, der nur Sinn für Notwendiges und Nützlichendes hat, der Herr Hauptmann, dessen Sehnsucht nach altem Glanz gestillt ist, und das Publikum, das endlich mal wieder eine feste Uniform schauen kann, nachdem es sich an den farblosen Zivilisten müde und matt gesehen hat.

Das Deutsche Oberhand nimmt Donnerstag die Vorstellungen mit „Wigron“ wieder auf. Die Uraufführung von „Alba“ findet am Sonnabend bestimmt statt.

Eine gebrochene Zeitung. Jein Berliner Journalisten haben sich zusammengetanzt zur „Barole Libre“, einer gebrochene Zeitung, die erstmals am 28. Oktober in einer zweitägigen Vortragsführung im Saal der Weiblichen Gesellschaften alle aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragen mit Geist und Beherztheit darstellte.

Neue Freuden, neue Schmerzen.

Konzertumschau von Kurt Singer.

In alten Zeiten, als es Feiertunden der Kunst in Berlin und noch gar keine Musikantenschere gab, da waren die Konzerte der Staatskapelle das Vorbild, das Ideal des in sich geschlossenen, von der Tradition heilig gesprochenen Orchestermusikens. Reich an Können, reich an der Sehnsucht nach Einzigkeit und Adel, Klang und Seele, Kultur und Schönheit, gab sich dieses Orchester den besten aller besten Führer hin. Manchmal blieb ein Rest veraltet, auch akademischer Programme zu beklagen. Aber es wurde nie Wertlag in diesen Hallen, auch wenn Weingartners Musikieren einmal nach „Strauß“ Dirigieren einmal gleichgültig schrien. Furtwängler hätte, bei Sicherung von Proben und bei persönlicher gestärktem Programm, die Abdomenmusikanten wieder zu den höchstwertigen Veranstaltungen Berlins gemacht. Seinem Nachfolger Abendroth wird das nie gelingen, wenn er Werke so unsertig, so unerkant, so fahrig herausbringt, wie im zweiten Konzert. Die Würde dieser großartigen Musikantenchor ist in seine Hand gegeben. Wird er sie wahren, wird er ihren Ruhm erhalten und mehren? Größte Bedenken stellen sich in den Beg. In der öffentlichen Generalprobe scheinen noch keine letzten Verständigungen erzielt zu sein. Einfache gelingen schlecht, zwischen Solist und Orchester tarret eine kalte Wand von Lust und Nebel, in dem Streben, alles korrekt nach der Partiturvorschrift zu dirigieren, wird kein Eigenleben frei, müßig läßt sich die akademische Referees des Führers Temperament, Eitel und Musikierfreude von der Güte des Dirigenten distanzieren. Und dabei doch fleißig, nüchtern. War das eine Aufführung an so illustrier Stelle oder war's eine Vorprobe vor der Probe? Die Unruhe des Herumreißerlebens rächt sich doppelt, wenn das Ingenieur so hinter dem Korrekten zurückbleibt, wie bei Abendroth. Es geht um mehr, als um den Posten des Furtwängler-Nachfolgers, es geht um den Glanz einer Idealkapelle. Weylers „Sinfonische Phantasie“ leitete ein, das Werk eines Strauß-Kenners, der sich sowohl in den aparten Instrumentalreigen postoraler Art als auch in hymnischen Wurf des Hauptthemas als Epigone von Wert und Rang erweist. Die Details sind reizvoll, das Ganze ist mehr äußerlich kraftvoll konzipiert als innerlich glühend. Das Ideal des Musiklebens ist reich, als das eigentlich Sinfonische, die Ausarbeitung wertvoller, als der lebendige Inhalt. Die etwas laue Stimmung, die sich einstellte, konnte auch Frau Chopin-Groenevelt nicht bannen. Sie spielte das A-Dur-Konzert Bizets mit höchster technischer Sauberkeit, doch ohne die an ihr gewohnte Belebung, die gerade diese etwas trockene Phantasie erst wertvoll und interessant macht. Abendroth blieb leider gleichfalls so objektiv als möglich. Der erste Satz der IV. Brahmschen Sinfonie war im Melodischen gar gemühtlich genommen, brachte aber eine schöne Steigerung gegen den Schluß. Hier endlich schien persönliche Interessiertheit das Spiel zu beflügeln. So bleibt immer noch eine leise Hoffnung, daß unter dem neuen Dirigenten die Freude der Opernhauskonzerte nicht zum Schmerz der Erinnerung wird!

Schneppflug zieht seine alten Anhänger mit Verdis Requiem in einen vollen Saal. Die Vorproben für ein Konglomerat von verschiedenen Chören haben wohl andere geleitet. Er selbst

nimmt mit kapellmeisterlicher Tüchtigkeit in letzter Stunde die Fäden in seine Hand und holt die Wirkungen, wo er sie packen kann, mit gepöb, groben und auch mit einfühlsamen Bewegungen. Ob er die hellig glühende Macht des Wertes fühlt? Wer trübt heute noch vor der heiligen Kunst? Ein so junger Mann wie Krenel schämt sich nicht, mit Walzer und Foxtrott einen alten Chorol zu paraphrasieren, und Erdmann spielt's Welch ein neues Zeichen der Zeit! Gregorianisch nennt sich ein Beigenkonzert von Respighi, das in uns fremden Gefühlshöhlen sich gar zu lange und gar zu unfinnlich breit macht, den Chorol nur selten durch persönliches Vorwärtstreiben interessant gestaltet und auch in seinen besseren Teilen kaum zur Wiederholung so spröder Kunst verführt. Rudolf Volk spielte das Werk mit schönem Vibrato und feinem, welchem Ton, technisch sauber. Werner Wolff begleitete sicher, wie stets. Mit der Faust-Musik Bufonis, die jenseits von gut und böse, alt und neu steht, aber sicher sehr langweilig ist, wenn keine Szene ihr zur Hilfe eilt, konnte Wolff weniger Freunde werben, als mit Korngolds Schauspiel-Quartette, die doch einen jeden Wurf hat und in ihrer koloristischen Mischung aus 19. und 20. Jahrhundert (französische Oper und Strauß) gut gefiel, trotz allen Dramatisierungen. Frau Roos-Reuter fingt mit holder Andacht und mit dem Ton emphatischer Empfindung. Eine weiche und biegsame Mezzostimme gibt leider dem Wollen noch nicht letzte Tragkraft und bestmögliche Resonanz, weil die Töne erst eng und ungleich, so gaumig klingen und weil bei der schmalen Rundöffnung die hellen Vokale dunkel angedeutet werden. Das schöne Material kann durch Pflege noch viel wertvoller gemacht werden. Die Trunk-Lieder, für die sich die Sängerin besonders einsetzte, liegen ihrem Vortrag gut. Trunks Lyrik gehört in der natürlichen, allem Spekulationen abholden Art des Sanges, in der melodischen Geselligkeit der Gesangslinie und im stimmungs-vollen Festhalten einheitlicher Motivgruppen zum besten, was die neuere Liedkunst hat. Nur kann man herzlicher auftreten, als Trunk es tat.

Sidor Achron, der hochbegabte Russe, litt jüngst an einem Spielautomatenmangel, der sein früher bewährtes, heißblütiges Temperament nicht wiedererwecken ließ. Erst bei Bizet machte er ganz auf. Und das war dann allerdings köstlich. In Sela Trau ist trotz ihrer Jugend das feine Seempfinden für alte Musik zu räumen. Im Bunde mit Ernst Wolff spielte sie Pergoleses „Sinfonia“ (für Cello und Klavier), die sich im logischen Bau, in der Dialektik, im Kolortönen ein geniales Stück Musik ausweist, für das man ohne Programmkenntnis auch den Zeitgenossen Händel in Anspruch genommen hätte. Die junge Künstlerin empfahl sich durch edlen, belebten Ton und gab unter Vermüdung aller Reizeffekte dem ersten Werk erstens, sechs-achtzigsten Nachdruck. Ein Konzert G-Dur von Mozart klang unter den Fingern Dohnanns etwas spitzig, weltlich, remodifiziert. Besonders wenn unmittelbar vorher Bruno Walter eine aus ähnlichen Gefühlen stammende B-Dur-Sinfonie Haydns mit ebenso tänzelnder Geschmeidigkeit wie (im langsamen Satz) durchhaltender Innigkeit gespielt hat. Dieses wirklich musikalische Abstrahieren von spielerischem Dohnanns und festem Zupacken, von singend bewegter Linie ist wirklich einzig. Und einzig die Gefolgshaft, die ein philharmonisches Orchester solchen meisterhaften Stab-Walter leistet. Eine immer wieder sich erneuende Freude — hält den Betriebenen, bindet ihn an Berlin!

Gewerkschaftsbewegung

Novemberzulage auf die Beamtengehälter.

49 Proz. insgesamt, unter Vorbehalt angenommen.

Gestern nachmittag begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Neuregelung der Bezüge der Beamten. Die Organisationen hatten außer einer Nachzahlung für Oktober eine Erhöhung des Novembergehalts um 12 000 M. gefordert. Davon sollten 8000 M. als Teuerungszuschlag und 4000 M. als Kopfszuschlag gezahlt werden. Im Verlaufe der Verhandlungen erklärte die Regierung, sie bedauere die Forderung der Gewerkschaften, die jede Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches vermisse, und lehnte sowohl die geforderte Nachzahlung für Oktober als auch den Kopfszuschlag ab. Nach längerer Debatte einigte man sich auf den Regierungsvorschlag, für den November eine Zulage von 38 Proz. zu zahlen. Der prozentuale Teuerungszuschlag beträgt also 49 Proz. Die Spitzenorganisationen stimmten diesem Vorschlag unter Protest und nur deswegen zu, weil die Beamten notwendig Geld gebrauchen. Sie behielten sich vor, im Laufe des Monats neue Forderungen zu stellen, da die eben bewilligte Zulage kein Ausgleich für den Monat November sei. Die Regierungsvorlage wird nach Zustimmung des Reichskabinetts sofort dem Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt werden.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 1. November. (I.B.) Die drei Gruppen der Internationalen Arbeitskonferenz wählten am Montag die Mitglieder des Verwaltungsrats für die nächsten drei Jahre. Da bisher noch das alte Verfahren für Wahl und Zusammenfassung des Verwaltungsrats in Kraft ist, gehören dem Verwaltungsrat ohne weiteres von der Regierungsgruppe 5 die Vertreter der acht industriell wichtigsten Staaten, d. h. Deutschland (Leymann), England, Dänemark, Frankreich, Kanada, Japan, Belgien und Indien an. Zur Wahl standen für die Regierungsgruppe noch 4 Vertreter der anderen Staaten. Gewählt wurden Spanien, Chile, Finnland und Polen. Die Arbeitgebergruppe, die auf 6 Sitze Anspruch hat, wählte Pittsburgh (England), Bindo (Frankreich), Clavetti (Italien), Cartier (Belgien), Hobacz (Tschechoslowakei) und Gemmit (Südafrika). Deutschland (Kommerzienrat Vogel) behielt einen der beigeordneten Sitze der Gruppe. Die Arbeitnehmer wählten Bouhauz (Frankreich), Leipart (Deutschland), Boulton (England), Roors (Kanada), Thorberg (Schweden) und Dudgeest (Holland).

Streik der Glasinstrumentenmacher.

Die Glasinstrumentenarbeiter Berlins stehen seit Montag im Streik. In dieser kleinen Gruppe waren bis zur Niederlegung der Arbeit Stundenlöhne üblich von 45, 50 und in einigen Ausnahmefällen als Höchstlohn 60 M. Die Arbeiter sind hochqualifizierte Facharbeiter, die eine vierjährige Lehrzeit hinter sich haben. Alle bisherigen Versuche, durch ein Lohnabkommen zu besseren Verhältnissen zu gelangen, scheiterten an der Hartnäckigkeit der Unternehmer, die nur zentral mit den vereinzelt über ganz Deutschland verstreuten Unternehmern ein Abkommen treffen wollten, örtliche Verhandlungen aber ablehnten. Zweimal im Jahre treffen die Herren in Leipzig zur Messe zusammen. Mehrmals früher unternommene Versuche, zu einem Reichstarif zu kommen, verliefen ergebnislos. Nun endlich hat die Rot die Fesseln gesprengt. Die gesamte Berliner Musikinstrumentenindustrie hat in einer gewaltigen Versammlung bei Siemens sich hinter ihre bisher so vernachlässigten Arbeitsbrüder gestellt und beschlossen, die Streikenden weit über ihren bisherigen Verdienst zu unterstützen, bis sie menschenwürdige Löhne errungen haben. Ist diese Industrie dazu wirklich nicht imstande, dann mag sie aus Berlin verschwinden, für ihre paar Arbeiter ist jetzt schon gesorgt. Die Berichte der letzten Leipziger Messe können sich aber gar nicht genug tun in der Schilderung der günstigen Entwicklung der Branche und des Exports. Also, ihr Herren, treibt nicht Schmutzkonzurrenz untereinander und zahlt euren Arbeitern einen angemessenen Lohn!

Wir bitten besonders die Musiker, Vorstehendes zu beachten. Sollten bis Ende der Woche noch Firmen vorhanden sein, die nicht bewilligt haben, werden wir dieselben bekannt geben.

Die Branchenleitung.

Lohnbewegung der chirurgischen Branche.

Eine stark besetzte Versammlung der in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Dienstag in den „Sophien-Sälen“ nahm den Bericht über das Resultat der letzten Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen, der vom Branchenleiter Callies erstattet wurde. Wie dieser ausführte, hat die Verhandlungskommission einen Zuschlag von 75 M. auf die Stundenlöhne gefordert und darauf hingewiesen, daß diese Forderung noch lange nicht ausreichend sei, einen Ausgleich der ungewöhnlichen Teuerung gegenüber herbeizuführen. Die Arbeitgeber weigerten sich, auf diese Forderung einzugehen, sie erklärten sich schließlich aber bereit, die Oktoberlöhne um 110 Prozent zu erhöhen. Die Verhandlungskommission habe dem Vorschlag nicht zugestimmt, sondern erklärt, diesen der Kollegenchaft unterbreiten zu wollen.

In der anschließenden Diskussion brochen die Redner ihren Unwillen über das geringe Zurechnungsverständnis der Unternehmer lebhaft zum Ausdruck und forderten dessen Abklärung. Die Organisationsleitung möge unverzüglich die Entscheidung des Schlichtungsausschusses anrufen.

Nach 11 vom Metzlarbeiterverband machte hierauf die Mitteilung, daß die Verhandlungskommission die Schlichtungsinstanz bereits angerufen habe. Schon am Freitag finden die Verhandlungen statt.

Ein Antrag, der die Abrechnung des Angebots der Arbeitgeber fordert und das Einverständnis der Versammlung mit dem Vorgehen der Lohnkommission ausdrückt, wurde einstimmig angenommen.

Autogenschweißer.

Die Autogenschweißer Groß-Berlins nahmen einen allgemein beherrenden Vortrag des gerichtlichen Sachverständigen Herrn Oberingenieur E. Meitz über das autogene Metallbearbeitungsverfahren in einer Branchenversammlung entgegen. Das Interesse der Schweißer an ihrem Beruf und die vielen und schweren Unglücksfälle auf diesem Gebiete gaben der Branchenleitung Veranlassung zu diesem Fachvortrag.

Den Grundgedanken des Vortrages bildete das Motto: „Eine Gefahr hört dann auf, eine Gefahr zu sein, wenn man sie erkannt hat und ihr zu begegnen weiß.“ Der Referent führte in anschaulicher Weise den Werden der Autogenschweißung der Verblommung vor Augen. Man hatte Gelegenheit, die verschiedene Entstehung der Gase

und ihr Zusammenwirken kennenzulernen. Der Vortragende zeigte der Versammlung an Hand von Experimenten u. a. die Entstehung und Wirkung der Knallgase. Hieraus ergab sich die sinngemäße Konstruktion der Apparate und Autogenwerkzeuge, welche der Referent an Hand aufgestellter Zeichnungen erläuterte. Ueber die schädlichen, überaus interessanten und leicht verständlichen Ausführungen des Referenten war die hierfür vorgesehene Zeit von 3 1/2 Stunden schon überschritten. Leider war es nicht möglich, das viele beachtliche Material (aus dem Gebiete der für den Schweißer wissenswerten Metallurgie, graphische Tabellen und Zusammenstellungen) näher zu behandeln.

Die Autogenschweißer beschäftigten sich längst in früher stattgefundenen Branchensammlungen mit den Gefahren ihres Berufes und ihrer Beseitigung, und hellten nachfolgende Forderungen auf, die zurzeit Gegenstand von Beratungen im Reichsarbeitsministerium sind: 1. Errichtung von Schweißerschulen unter staatlicher Leitung. 2. Prüfung aller mit dem autogenen Metallbearbeitungsverfahren beschäftigten Personen.

Die von der Atempnerinnung Groß-Berlins bereits ins Leben gerufene Schweißerschule, von deren wirksamer Tätigkeit sich die Branchenleitung überzeugt, hat leider den Nachteil, daß sie räumlich nicht der Reichhaltigkeit des dort gebotenen Lehrstoffes entspricht. Die Branche der Schweißer erwartet von den zuständigen Regierungsinstanzen eine baldige gesetzliche Regelung, um die Missetände in diesem Berufe zu beseitigen, die eine große Gefahr für Leben und Gesundheit des Schweißers selbst sowie seiner Umgebung bedeuten.

Der Wächterstreik beendet.

Infolge der Anerkennung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses vom 28. Oktober durch die Unternehmer ist die Lohnbewegung und der Zeilstreik der Wächnerstellen beendet. Die Monatsgehälter wurden von 7700 bis 8850 M. auf 21 000 bis 22 700 M. ab November erhöht.

Lohnvereinbarung im Töpfergewerbe.

Ab 1. November bis einschließlich 15. November wurden folgende Löhne vereinbart: Bei Zeilohnarbeiten 165 M. Stundenlohn. Bei Akkordarbeit werden 16 400 Proz. Teuerungszuschlag auf den bestehenden Tarif gezahlt. — Für die Provinz Brandenburg gelten diese Löhne vom 4. bis 17. November einschließlich, abzüglich 5 Proz. in Staffel I, 8 Proz. in Staffel II und 15 Proz. in Staffel III. Hilfsarbeiter erhalten im Alter von 14 bis 16 Jahren 25 Proz., über 16 bis 18 Jahre 33 1/2 Proz. und über 18 bis 21 Jahre 55 Proz. des Bestellenlohnes.

Neue Löhne für die Herrenmaßbranche.

Das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen zu Frankfurt am Main ist für die Herrenmaßbranche Berlins folgendes:

Der Akkordstundenlohn für selbständige Stütze- und Venderungs-kneider beträgt in Klasse 1 und 2 132 M., in Klasse 3 130,50 M., in Klasse 4 129,50 M. Der Zeitlohn beträgt in allen Tarifstufen 132 M. Der Zeitlohn für männliche Hilfskräfte beträgt 85 bzw. 66% Proz. vom Spitzenlohn. Der Lohn für weibliche Hilfskräfte, der Heimarbeiter- und Qualitätszuschlag für Zeilohnarbeiter bleiben prozentual wie bisher. Das Lohnabkommen gilt für Zeilohnarbeiter, wenn die Lohnwoche Sonnabends beginnt, mit Wirkung ab 28. für Akkordarbeiter ab 29. Oktober.

Für Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes ist das Lohnabkommen gegen Mitgliedsausweis im Bureau, Sebastianstraße 37—38, von 8—1 Uhr oder Freitag von 5 bis 6 1/2 Uhr nachmittags zu haben.

Ein sterbendes Gewerbe?

In verschiedenen Notizen, die in jüngster Zeit durch die Presse gingen, wurde die wirtschaftliche Lage des Friseurgewerbes geschildert, und behauptet, dieses Gewerbe sei im Absterben. Eine Konferenz der Berufsbeamten und Bezirksleiter des Arbeitnehmerverbandes des Friseur- und Haarzuges am 30. und 31. Oktober in Berlin erörterte u. a. auch die Berufslage. Sowohl der Verbandsvorsitzende Lorenz als auch die Angehörigen aus den verschiedensten Gegenden des Reiches betonten, daß von einem Absterben nicht geredet werden könne. Wohl ringen die Kleinbetriebe des Gewerbes sehr schwer um ihre Existenz. Der Uebergang vieler Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Selbstbedienen bedeutet für das Gewerbe zweifellos einen ungeheuren Ausfall. Wenn zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten auf die Frequenz der Vorkürsler, der Dieben usw. hingewiesen wird, so bietet statt diesem Fehlbild der Beruf und die Einschränkung an den Dienstleistungen des Friseurgewerbes ein klares Spiegelbild der tatsächlichen Verhältnisse. Es wurde ausgeführt, daß es zwar im Interesse der älteren Meister, die Inhaber kleiner Geschäfte sind, menschlich bedauerlich sei, wenn sie dem schweren Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer bescheidenen selbständigen Existenz unterliegen, im hygienischen und berufsmäßigkeitsmäßigen Sinne jedoch nicht schade darum sei, wenn ein Teil der primitivsten Zwergbetriebe eingehe. Nachdem tausende Gehilfen gezwungen waren, in der Industrie ein Unterkommen als Unelernte zu suchen — ohne daß ein Hahn darum trahle — sei es schließlich für manche Inhaber eines Glendbetriebs und seine Familie besser, wenn auch er diesem Beispiel folgt, anstatt keine Zeit mit dem vergeblichen Warten auf Kundchaft zuzubringen.

Das Friseurgewerbe mache eine Wandlung zum Luxusgewerbe durch. Als solches sei es sehr wohl lebensfähig. Die abnehmende Quantität an Betrieben und Hilfskräften sehe sich allmählich in größerer Qualität um. Die früheren Missetände seien nur infolge starker Ueberfischung des Gewerbes, des wirtschaftlichen Zwanges für die Gehilfen, sich vorzeitig selbständig zu machen, und der schrankenlosen Schmutzkonzurrenz möglich gewesen. Bedauerlich sei, daß manche der vom Berufe abgegangenen Friseure in den Industrie- und sonstigen Betrieben, in denen sie nunmehr tätig sind, ihren früheren Beruf nebenbei ausübten, und durch Preisunterstützung die Interessen der Berufstätigen schädigten.

Schließlich der Bestrebungen auf Erfassung der kleineren Verbände durch Industrieorganisationen erklärte die Konferenz, daß sie sich im Einklang mit dem Beschlusse des Leipziger Gewerkschaftskongresses befände, sich aber gegen jede überflüssige oder unzulässige Verschmelzung wende. Es wurden vielmehr Maßnahmen zur Stärkung des Verbandes getroffen.

Siemens u. Halske (Blodwerk). Freitag nachmittag 4 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Mitglieder der Vereinten Sozialdemokratie bei Sundheim, Rönnebendallee 98, Ecke Märkischer Steig, in Siemensstadt.

Wächner deutscher Beamtenklub. Heute abend 8 Uhr Funktionärsversammlung aller dem Wächner angehörenden Verbände in der Pfefferberg-Panzerlei, Berlin N., Schötenweg 170. Um pünktliches und bestimmtes Erscheinen wird gebeten. — Der Ortsausschuß.

Deutscher Arbeiterverband. Donnerstag 5 1/2 Uhr in den Heidenfeld-Alten Rondeberger Str. 31. Versammlung der Damenklub- und Umkleebetriebe. — Der Vorstand.

Wirtschaft

Die Lage der Textilrohstoffmärkte.

Uns wird berichtet:

Umsätze und Preise an den Rohstoffmärkten der Textilindustrie werden, wie es eigentlich jetzt selbstverständlich ist, von der Entwicklung der Devisenkurse bestimmt. Vor der Devisennotverordnung waren die Preise für die Rohstoffe, welche zur Fabrikation von Textilien notwendig sind, steigend, mit dem Erlaß der Notverordnung trat ein vorübergehender Rückschlag ein, dem aber bald eine neue Steigerung folgte. Das Geschäft an den deutschen Märkten ist fast völlig belanglos. Der Konsum bewegt sich in absteigender Richtung, eine ganz begreifliche Tatsache, da Löhne und Gehälter der im Automobiltempo vor sich gehenden Marktentwertung nicht zu folgen vermögen und infolgedessen zum Ankauf notwendiger Kleidungsstücke so gut wie gar nichts übrig bleibt. Wiederte können es sich heute leisten, einen Damenmantel zu kaufen, der schon im Engros billiger 7500 M. kostet. Für Herrenanzüge mittlerer Qualität werden zurzeit 26 000 M. verlangt und die Preise der anderen Fertigfabrikate bewegen sich auf ähnlicher Grundlage. Infolgedessen klagen alle Zentren der Textilindustrie über das Nachlassen der Beschäftigung. Aus Barmen, Aachen, aus dem sächsischen Revier kommen Nachrichten von Betriebsbeschränkungen und, wo nicht Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, ist man genötigt, die Arbeit zu strecken. In der Färberei und Spinnerei wird vielfach nur vier Tage in der Woche gearbeitet. Abgesehen davon, daß nicht genügend Warenabsatz vorhanden ist, fehlt es auch an den notwendigen Betriebsmitteln. Die Banken haben ja schon erklärt, daß sie nicht in der Lage sind, den Kreditanforderungen, die die Industrie jetzt infolge der Geldentwertung und infolge der damit verbundenen Mehranforderungen für den Einkauf der Rohstoffe gebrauchen, in solchem Umfang zu entsprechen. Für die Aufträge, die noch laufen, ist die Industrie mit Materialien versehen.

Die Fachblätter berichten übereinstimmend, daß man von einer Eindeckung mit Garnen bis Ende des Jahres sprechen kann. Ebenso liegen die Verhältnisse bei Wolle und Baumwolle; für Seide kommt der deutsche Markt so gut wie gar nicht mehr in Frage. Käufe auf lange Sicht abzuschließen, besteht natürlich bei der Unsicherheit der Entwicklung keine Reizung. So kommt es, daß, obwohl die Antizipation von Wolle und Baumwolle in Bremen, dem Haupt-handelsplatz für diese Rohstoffe, kaum größer geworden sind, die Vorräte ständig wachsen. Die Sachlage für den Einkauf der Textilrohstoffe ist um so schlimmer, als trotz des Fehlens deutscher Käufer am Weltmarkt nicht etwa ein Nachlassen, sondern ein Steigen der Preise festzustellen ist. Das kommt daher, weil Amerika und England wieder in größerer Maße als Käufer auftreten. Speziell die Textilindustrie Amerikas zeigt ein Bild aufsteigender Entwicklung. Die Baumwollernte wird nicht besonders gut ausfallen; dagegen rechnet man mit einer hohen Qualität der geernteten Baumwolle. Alles was an den Markt kommt, findet schontwegen Aufnahme. In Wolle liegen die Dinge ähnlich. Das Geschäft war sowohl in Bradford wie in Lorient, dem Haupthandelsplätzen für dieses Produkt, sehr lebhaft. Und vom Späner Seidenmarkt wird berichtet, daß dadurch, daß die Märkte des fernen Ostens und Amerikas mit starkem Kaufbegehre eingriffen, die Preisbewegung sehr nach oben ging.

Die Kapitalerhöhung des Verbandes sozialer Baubetriebe. In der Gesellschafterversammlung des Verbandes sozialer Baubetriebe am 17. Oktober wurde das Stammkapital dieses Verbandes von 7 600 000 M. auf 25 Millionen Mark erhöht. Von dem neuen Stammkapital übernahm der Deutsche Bauarbeiterverband aus seinen Sozialleistungsbeiträgen 12 829 000 M., der Verband der Bergarbeiter 1 200 000 M., der Fabrikarbeiterverband 1 000 000 M., der Holzarbeiterverband 900 000 M., der Transportarbeiterverband 500 000 M., der Verband der Maler 310 000 M., der Zentralverband der Zimmerer 200 000 M., der Zentralverband der Dachdecker und der Bund der technischen Angestellten und Beamten je 100 000 M. Der Rest wurde von den Verbänden der Malerinnen und Heizer, Sattler und Tapezierer, Steinarbeiter, Tischler, Steinseher, dem Deutschen Polierbund und einigen Bauhüttenbetriebsverbänden aufgebracht. Weitere Mittel im Betrage von mehreren Millionen Mark sind bereits jetzt auf die nächste Stammkapitalerhöhung gezeichnet und mehrere Gewerkschaften haben die Zeichnung beträchtlicher Summen in Aussicht gestellt. Mit seinen Tochtergesellschaften verfügt der Verband sozialer Baubetriebe gegenwärtig über ein Kapital von über 200 Millionen Mark.

Neue Eisenpreise. Der gemeindefällige Richtpreisausschuß des Deutschen Stahlbundes erhöhte ab 1. November den Tobmaschabeisengrundpreis um 87,82 Proz. Stabeisen kostet die Tonne also etwa das 1400 fache des Vorkriegspreises. — Dagegen hat die Verkaufsstelle der Vereinigten Eisfabriken in Prag eine weitere erhebliche Herabsetzung der Eisenpreise beschlossen und zwar in der Voraussetzung, daß auch die Verlehdarsteller sowie auch die Kohlen- und Kalkabgaben eine durchgreifende Herabsetzung event. volle Aufhebung erfahren.

Die Zuckerwirtschaft im neuen Erntejahr. Die Einfuhr von Auslandszucker ist vom 16. November ab nur noch auf Grund behördlicher Einfuhrbewilligung zulässig. Für Auslandszucker, der vor dem 1. November 1922 gekauft ist, werden den einführenden Firmen auf Antrag Einfuhrbewilligungen noch erteilt werden, wenn sie den Zucker der zu exportierenden Industrie zur Verfügung stellen. Für Auslandszucker, der nach diesem Zeitpunkt gekauft ist, wird lediglich den Spitzenverbänden der zu exportierenden Industrie Einfuhrbewilligung erteilt werden. Die Sperre der Einfuhr von Auslandszucker konnte vorgenommen werden, da damit gerechnet werden kann, daß der Mundbedarf der Bevölkerung aus der inländischen Ernte hinlänglich befriedigt werden kann. Andererseits erwies sich die Sperre als notwendig, um zu verhindern, daß die Inzuchttraktanten, die sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr durch das Vorhandensein von teurem Auslandszucker und billigerem Inlandszucker gereizt haben, in Zukunft sich wiederholen. Die erste Verteilung von Zucker neuer Ernte ist durch die Zuckerwirtschaftsstelle nunmehr vorgenommen worden. Der Zucker, dessen Unterbreitung den einzelnen Ländern obliegt, wird im Laufe des Monats November zur Aufgabe gelangen.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glade, Berlin; Berlin-Baumärkte: Georg O. M. B. Berlin; Straß-Baumärkte: Paul Baumbach u. Berlin-Baumärkte: Carl Singer u. Co. Berlin; Lindenstr. 3; Berlin; eine Beilage der Unterhaltungsbeilage „Belmont“.



KON LINON

Was der Mieter wissen muß.

Schlichtungskammern, Mieterräte und Beratungsausschüsse.

Die Schlichtungskammern sind eine neue Einrichtung des Reichs...

Die zwei Aufgaben der Schlichtungskammern.

1. Schlichtung des Streits, der über die Notwendigkeit sog....

2. Die zweite Aufgabe der Schlichtungskammern ist, für die...

Das Recht der Mietervertretung.

Die Mietervertretung ist aber auch sonst unentbehrlich, wenn...

nach Zustellung, spätestens aber am letzten Tage eines jeden...

Das Hauschaftsgericht.

Die Mietervertretung wird vom Gesetz selber als Schieds-

Anzeige der Friedensmiete durch die Vermieter.

Der Magistrat teilt folgendes mit: Eine Anzahl von Ver-

Ein Tunnel mit doppeltem Boden.

Umsteigereinfachung auf Bahnhof Papestraße.

Die Einrichtungen für den Umsteigerverkehr in Berlin...

dem Schalteraum des Bahnhofsgeländes liegende Strecke des Ver-

Die neuen Preise für Wasser und Licht.

Der Ausschuh der städtischen Werksdeputation hat gemäß der...

Nachdem durch den Gemeindefbeschluss vom 31. Oktober d. J.

Zwecks Einführung des neuen Preises wird sofort eine...

Liebesgaben für den Mörderkumpen.

Herausfordernd haben denationalen Kreise ihre...

Eine eigene Geschäftsstelle für die Arbeitsgemeinschaft der...

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vidi Baum.

Aus der Mitte des Flusses wuchs ein Berg empor, an...

Wie müde sind ihre Herzen, dachte er; sie weinen nicht...

Egidius ließ die Bahre nieder und beugte sich über den...

Mit einemmal richtete der Mann sich hoch, er ließ die...

Sie sahen hin und Egidius verhüllte mit einer sonderbaren...

Dies war das graue Haus. Seine Vorderwand war...

Schränken quoll jämmerlicher Hausrat. Anselmus sah qual-

In einer Mansarde häuften sich Bücher, im ersten Geschoh...

Egidius hörte ein einziges tiefes Seufzen. Als er sich...

„Hörst du? Sie kommen,“ sagte er. „Beh’ heim, vollende...

„Und du, Egidius? Komm’ mit mir, du blutest sehr.“

Egidius schüttelte nur den Kopf und wies über das...

„Wie helfen? Es ist unmöglich!“ sagte Anselmus leise und...

„Bruder“ flüsterte er; und das war ein Gebet: „Bruder“...

Anselmus spürte sein Herz tief und gleichmäßig schlagen;

Anselmus stand mit gefalteten Händen und lehnte den...

Ueber allen Wipfeln ist Ruh

In allen Gipfeln spürest du

Er trat behutlos näher, fand die sitzende Gestalt am...

(Fortsetzung folgt.)

Lissy hat eine Million gemacht.

Ubenleuer eines rumänischen Kaufmanns in Berlin.

Einblick in das dunkelste Berlin, zu welchem auch manche Luxusbar in der Friedrichstraße trotz ihrer hellen Beleuchtung zählt, gestattete eine Verhandlung, welche vorgestern das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Angeklagt wegen Diebstahls war die Frau Lissy Bauermeister, während sich der Kaufmann Emil Schmidt, die Verkäuferin Käthe Frisch, der Kaufmann Bruno Sommerfeld und der Kaufmann Erich Schmidt wegen Hehlerei zu verantworten hatten.

Die Angeklagte Bauermeister, welche in gewissen Kreisen den Beinamen „Schokoladen-Lissy“ trägt, lernte am Nachmittag des 31. August d. J. Unter den Linden den aus Rumänien stammenden Kaufmann Janco Meyer kennen. Beide unternahmen eine Hummelfahrt durch verschiedene Weinstuben und Bors der Friedrichstraße und landeten schließlich stark angezogen in einem Hotel in der Johannesstraße. Hier erwiderte „Lissy“, daß aus der Tasche des Rumänen ein ganzes Paket fremdländischer Banknoten und andere Schriftstücke herausragten. Sie machte nun auf ihre Weise ein Valutageschäft, indem sie wartete, bis der valutarstarke Liebhaber sanft eingenickt war, um dann mit den lodenden Scheinen unter Zurücklassung ihres Hutes und Jacketts zu verschwinden. Schon eine Viertelstunde später ging durch gewisse Luxuslokale der Friedrichstraße ein heimliches Gestüß: „Lissy hat eine Million gemacht“. Tatsächlich erloschen die Angeklagte bald darauf in einem Auto und fuhr mit diesem die Friedrichstraße auf und ab, um den unter dem Namen „Edi“ bekannten Mitangeklagten Emil Schmidt zu suchen. Diebstahl händigte sie die gestohlenen Papiere, Schmidt im Betrage von mehreren Millionen Mark, 3500 rumänische Lei und 600 Dollar und andere ausländische Banknoten, aus. Das Geld wurde durch Vermittlung der übrigen Angeklagten umgewechselt, während der mitgestohlene Pakt samt den Schecks von dem Angeklagten Sommerfeld in der Französischen Straße in einen Briefkasten geworfen und auf diese Weise tatsächlich wieder in die Hände des Bestehers gelangte. Die Ermittlung der Täterin und ihrer Helfershelfer gelang schon einige Tage später. Das Gericht kam bezüglich der Angeklagten Erich Schmidt zu einer Freisprechung und erkannte gegen die Bauermeister auf 6 Monate Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist, gegen Sommerfeld auf 12 000 Mark Geldstrafe und gegen die Angeklagten Emil Schmidt und Frisch auf je 5000 M. Geldstrafe.

Ein Attentat auf den Staatsanwalt.

Schwere Strafe für einen Alkoholetzeh.

Der auf offener Straße erfolgte tätliche Angriff auf einen Staatsanwalt, der soeben in einer Schwurgerichtssache amtiert hatte, lag einer Anklage wegen öffentlicher tätlicher Beleidigung zugrunde, welche den Möbelhändler Stiller vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte.

Am 30. Juni d. J. fand vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. ein umfangreicher Prozeß gegen Kutschera und Genossen statt, in welchem es sich um Riesenwindseifen mit gefälschten Ausführscheinen handelte. Mitangeklagt war unter anderen ein Bruder des jetzigen Angeklagten. Dieser hatte wohl während der Mittagspause schon etwas sehr stark dem Alkohol zugesprochen und verübte im Zuhörerraum sühnd, allerlei Unfug, so daß er schließlich gewaltsam entfernt werden mußte. Die Verhandlung zog sich bis 4 Uhr morgens hin und endete mit der Verurteilung des Angeklagten. Als der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Karl Steinbauer, in Begleitung des Landgerichtsrats Glöckner das Gerichtsgelände verließ, trat der Angeklagte auf ihn zu und fragte ihn, ob er der Staatsanwalt sei, der soeben seinen Bruder verurteilt habe. Gleichzeitig verfehlte er ihm einen Faustschlag ins Gesicht und mehrere weitere Schläge in die Brustgegend. Vor Gericht verurteilte der Angeklagte sein Verhalten damit zu entschuldigen, daß er stark angegriffen gewesen sei und unter Nervenanfällen leide. Das Gericht erkannte, da richterliche Beamte oder sonstige ausübende Organe der Justiz mit aller Entschiedenheit vor der Gewalt der Straße beschützt werden müssen, trotz der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten auf vier Monate Gefängnis und sprach dem Beleidigten auch ferner die Publikationsbefugnis zu.

Riesenunterschlagung eines Dänen.

Auf Ersuchen der Kopenhagener Kriminalpolizei wurde in der Nacht zu Mittwoch von der hiesigen Kriminalpolizei ein Direktor G. aus Kopenhagen festgenommen. G. wird beschuldigt, nach Unterschlagung von 300 000 dänischen Kronen, nach unserer Währung 270 Millionen Mark, veruntreut zu haben. Der Verfolgte wurde in einem Pensionat am Kurfürstendamm ermittelt, wo er mit einer jungen Dame abgetrieben war. Auch diese mußte den Weg zum Polizeipräsidenten antreten, da ihr kostbarer Pelzmantel, die seine Toilette und ihr wertvoller Brillantschmuck ein Geschenk ihres Begleiters war. Dieser bestreitet, das Geld unterschlagen zu haben. Er gibt an, vor acht Tagen hierher gekommen zu sein und zunächst in einem der ersten Hotels gewohnt zu haben. Weil ihm dieses Logis aber zu teuer gewesen, sei er dann nach dem Pensionat am Kurfürstendamm verzogen. Sein Geld will er in Aktien der Charlottenburger Wasserwerke angelegt und bei einer dänischen Bank deponiert haben.

Opfer eines Herrenfahrer-Automobilisten.

Am Dienstagabend unternahm der 30 Jahre alte Kaufmann Hans Borkowski in einem neuen Auto eine Probefahrt. Dabei raste er in einem übermäßig schnellen Tempo den Kurfürstendamm entlang. An der Ecke der Kurfürstendammstraße schleuderte infolge des schlüpfrigen Pflasters der Wagen derart, daß er auf den Bürgersteig geriet und hier die 23 Jahre alte Meta Arnd auf den Wichmannstr. 19 und die 15jährige Gertra Arnd aus der Tiedstr. 23 überfuhr. Während Gertra A. mit leichten Wunden davonkam, hatte Meta A. so schwere innere Verletzungen erlitten, daß ihre Lebensführung nach dem Krankenhaus Wesend erfolgen mußte. — Es ist geradezu erschauend, mit welcher Geduld die Behörden dem immer frecher werdenden Treiben derartiger Automobil-Herrenmenschen zusehen. Charlottenburger Chaussee, Kurfürstendamm und Kaiserdamm sind der Zummelpfad dieser Elemente.

Einschulung der ABC-Schützen.

Die städtische Schuldeputation teilt mit: Durch die Aufhebung der Schulkommissionen ist es in der Übergangszeit nicht ausgeschlossen, daß dieses oder jenes schulpflichtige Kind zu Michaelis 1922 noch nicht in die zuständige Bezirksschule eingeschult worden ist. In Betracht kommen jetzt sämtliche in Berlin anwesenden Kinder, die 1916 geboren sind und bis zum 30. September 1922 das 6. Lebensjahr vollendet haben. Die Eltern, Pflegeeltern, Verwandter und sonstige Personen, die zur Einschulung verpflichtet sind, werden aufgefordert, ihre schulpflichtigen gewordene Kinder, soweit sie noch nicht eingeschult worden sind, bei dem Rektor derjenigen Schule, in deren Bezirk ihre Wohnung liegt, zur Einschulung anzumelden. Die Unterlassung dieser Pflicht zieht für den Säugigen wegen Schulverweigerung nicht allein Geldstrafe, sondern unter Umständen auch Haftstrafe nach sich.

Schulbesuchungen betrafen sich auf 120 Millionen. Die Wertsumme der von dem verarbeiteten Kupronfälliger Schulze in Umlauf gesetzten Kupons erreicht die Höhe von ca. 120 Millionen Mark, die Schulze zum Schaden von Berliner, Hamburger und Hannoverscher Banken ausgegeben hat. Sie verkehrte hier vornehmlich in Spielkreisen.

Neue Großkampagne gegen die Ratten. Um den vielfachen Beschwerden über die erhebliche Zunahme der Ratten

Der Prozeß Hermes.

Den weiteren Teil der gestrigen Vormittagsitzung des Hermes-Prozesses füllte die Vernehmung der Zeugen Dr. Diel und Ministerialdirektor Heucamp. Dr. Diel sagte im wesentlichen aus, daß die fragliche Regelung des Ministers Hermes keine Verwunderung erregt habe und daß er aus dieser Verwunderung kein Fehl gemacht habe. Ministerialdirektor Heucamp stellt die Weinlieferung so dar, daß eines Tages Zentrumsabg. Legendre ihn gefragt habe, ob Hermes Interesse an einem Reisposten Wein habe. Er, Zeuge, habe dann den Abgeordneten an Hermes selbst verwiesen, der auch das Angebot angenommen habe. Bei seinem Umzug in die neue Wohnung habe ihm Hermes 25 Flaschen geschenkt, später habe er jedoch den Wein aus bestimmten Gründen zu dem angelegten Preis von 3 M. bezahlt.

Nach der Mittagspause wurde zunächst Regierungsrat Ralte vernommen, der Dr. Hermes im Reichsernährungsministerium als persönlicher Mitarbeiter zugeteilt war. Im April 1920, so erklärte er, sei im Ministerium die Meldung eingelaufen, daß auf dem Anhalter Bahnhof eine Sendung für den Minister beraubt angekommen sei. Im Auftrage Dr. Hermes' habe er sich dann den Schaden an Ort und Stelle besesehen und habe beim Wingerverband telegraphisch eine genaue Inhaltsaufstellung erbeten. Am 22. Juni hat er mich beauftragt, an den Wingerverband 600 M. abzuschicken. Im folgenden Jahr hat er mich, bei dem Wingerverband anzufragen, ob er noch eine Sendung Wein, wie er sie im vorigen Jahre bekommen habe, erhalten könne. Hinsichtlich der beraubten Sendung hatte mir der Minister nur gesagt,

eine Reklamation habe keinen Zweck.

weil nur wenig Flaschen geraubt seien. Von den 600 M. hat dann der Wingerverband den Preis der fehlenden Flaschen, also 30 M., zurückgezahlt. Ein Schreiben des Direktors Faust vom Wingerverband war veröffentlicht an Geheimrat Saffé adressiert und in dessen Bureau geöffnet worden. Durch Ministerialdirektor Heucamp erfuhr ich auch, daß bei dieser Gelegenheit von dem Briefe des Wingerverbandes Abschriften gemacht worden waren. Ich habe den Minister darauf aufmerksam gemacht und mich wohl auch dahin geäußert, daß die angegebenen Preise wohl etwas niedrig seien und daß andere Stellen anscheinend derselben Auffassung wären. Deshalb wäre es besser, noch einmal nachzufragen, ob die Preise richtig wären. Der Minister hat dann meines Wissens selbst deswegen an Faust geschrieben. Dr. Leo: Welches war der erste Preis, den Sie erfahren haben? Die Rechnung über 8430 M. oder über 600 M.? Zeuge: Über 8430 M. Dr. Leo: Ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß Sie eines Tages nur 600 M. zu bezahlen hatten? Zeuge: Das glaube ich nicht. Heute würden mir die zweierlei Preise wahrscheinlich auffallen, aber was ich damals gedacht habe, weiß ich nicht.

Als letzter Zeuge wurde dann der Direktor des Wingerverbandes für Mosel, Saar und Rumer, Faust, vernommen. Er sagt aus: Durch Heucamp erfuhr ich, daß im Reichsernährungsministerium zu Berlin ein Fond zur Bekämpfung der Rebschädlinge bestand, und ich fuhr deshalb nach Berlin, um für einen Teil der für diese Zwecke bereitgestellten Summen zu sichern. Dabei lernte ich den damaligen Ministerialdirektor Hermes kennen, der uns sehr entgegen kam und uns 50 000 M. überließ. Freund jemand hat damals anregert, Minister Hermes eine Sendung Wein zu übermitteln. Ich berief eine Vorstandssitzung des Wingerverbandes in Trier ein und machte den Vorschlag, Herrn Hermes eine Kiste Wein zu bezuzieren. Dagegen erhob sich jedoch Widerspruch und man sagte mir, man müsse für diesen Wein wenigstens die Selbstkosten berechnen. Darauf schlug ich vor, daß der Wingerverband sich einen Vorrat für ähnliche Gelegenheiten anschaffe und die einzelnen Vorstandsmitglieder könnten mir zu, Weine zu diesem Zweck zu schicken. — Vors.: Einiges Tages erfragen Sie dann, daß die Sendung beraubt war? — Zeuge: Das war fatal, da ich die Weine nicht erhalten konnte. Ich habe aus diesem Grunde auch dem Minister eine Rechnung geschickt, auf der ich statt der Original- die Handelspreise angeführt hatte, damit er sich bei der Versicherungsgesellschaft, die die Weine versichert hatte, schadlos halten konnte. — Vors.:

Wer hat denn die Weine und den Sekt versteuert?

Zeuge: Die Herren, die den Wein gespendet haben. Für den Wingerverband war die Lieferung eine Propaganda. Für mich war Minister Hermes ein Parteifreund, dessen Anschauungen ich teilte. Es war ja auch ein neues System, das man früher nicht kannte. Man war froh, einen Mann von gleicher Farbe an leitender Stelle zu sehen und ich sagte mir: Jawoll, für den Mann mache ich, was

ich kann. — Vors.: Sie haben dann an den Minister persönlich geschrieben und ihn gefragt, ob der Preis für die gelieferten Weine mit 3 M. etwa zu hoch berechnet sei. — Zeuge: Das sollte ein Scherz sein. — Vors.: Dann haben Sie dem Minister einen Tischwein angeboten. Der Preis sollte 5 M. betragen. Wieviel kostete Sie dieser Wein denn selbst? — Zeuge: Etwa 6,50 bis 7 M. Aber ich sagte mir, 7 M. ist eigentlich ein bißchen teuer, ich will nur 5 M. rechnen, damit die Kirche im Dorf bleibt. — Vors.: Auf diesem Wein lag dann noch eine Steuer. Die hat doch der Herr Minister nicht bezahlt. — Zeuge: Das ist irrtümlich vergessen worden. Zeuge nennt weiter einige Persönlichkeiten, an die unter ähnlichen Umständen Weine geliefert wurden. — Dr. Böhne im: Minister Hermes war also der einzige Beamte, der Wein erhalten hat? — Zeuge: Am letzten Feder war wohl auch Dr. Heucamp beteiligt. — Vors.: Haben Sie nun mit diesen Lieferungen auf gut Deutsch gesagt „schmierern“ wollen? — Zeuge: Auf meinen Eid erkläre ich, daß ich

nicht die Absicht

hatte, irgend einen Beamten zu einem Unrecht zu verleiten oder zu einer Handlung zu bewegen, die an sich berechtigt war, aber aus einem Vorzeil bringen sollte. — Vors.: Sie wußten doch wohl, Herr Zeuge, daß Minister Hermes wichtige Entscheidungen für den Weinbau zu treffen hatte. — Zeuge: Sie denken offenbar an die Zuckerbefreiungen, Herr Vorsitzender. Aber davon hatte nicht unser Verband einen Vorzeil, sondern die einzelnen Winger. — Vors.: Ich kann mir aber vorstellen, daß in bösen Deuten die Ansicht entstehen kann, es sei nicht gut, wenn man einem Minister, mit dem man in anderen Dingen zu tun habe, solche Zuwendungen macht. — Zeuge: Ich habe mit Minister Hermes über die Zuckerbefreiung gar nicht verhandelt, ich glaubte vielmehr, daß Ministerialdirektor Heucamp die Befreiung vermitteln sollte. — Rechtsanwält Bönheim: Diese Vernehmung ist unrichtig, denn Sie persönlich haben dem Minister telegraphisch für die Zuckerbefreiung gedankt. Das Gericht verliest ein Diktatogramm des Zeugen an Minister Hermes. — Rechtsanwält Bönheim: Hat sich in den Kreisen des Vorstandes des Wingerverbandes nicht seinerzeit ein Widerstand gegen die Weinlieferung an den Minister bemerkbar gemacht? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwält Bönheim: Wuch das ist unrichtig. Am 23. Juni haben Sie einen Brief von Regierungsrat Ralte mit der Bitte um die zweite Weinlieferung an den Minister erhalten. Auf die Rückseite dieses Briefes haben Sie, Herr Zeuge, mit eigener Hand geschrieben: Im Einverständnis und Interesse der Gesamtorganisation, gegen den Widerspruch und zum Schaden der Tochtergesellschaft. — Zeuge (nach langem Zögern): Das gehört nicht zur Sache. — Rechtsanwält Bönheim: Die Weinlieferung des Wingerverbandes an den Minister ist also ein Verlustgeschäft, gegen das Protest erhoben wurde? — Zeuge: Sie irren sich. Die Worte gehören gar nicht zu der Angelegenheit. Ich kann nichts schlecht schlafen und wenn ich dann so über allerlei nachdenke, notiere ich meine Gedanken auf dem nächstbesten Stück Papier. So habe ich zufällig, als ich eines Nachts nicht schlafen konnte, den Brief von Ralte erwischt. (Große Heiterkeit). — Rechtsanwält Dr. Bönheim: Haben Sie, Herr Zeuge, nicht eine Broschüre verfaßt, welche die Beseitigung der Rheinflände von Preußen propagiert? Es wäre wahrhaftig ein Satirspiel, wenn man Ihnen in Ihrem Verband dann, wie hier ausgelegt wurde, aus politischen Gründen Zuder gestiftet hätte. — Zeuge: Der Zuder hat doch nichts mit Politik zu tun. Im übrigen wünschte ich nicht die Beseitigung der Rheinflände von Preußen. Meine Bewegung heißt:

Cos von Berlin

und bezweckte die Aufteilung des Reiches in eine Anzahl starker Bundesstaaten. Hätten wir mehr Länder wie Bayern, so wären wir in Deutschland nicht so weit gekommen. — Vors.: Darüber haben wir hier nicht zu entscheiden. — Rechtsanwält Alsbereg: Hatten Sie bei der Weinlieferung schon einen Antrag auf Zuckerbefreiung gestellt? — Zeuge: Dapou wußte ich überhaupt nichts. — Vors.: Herr Zeuge, Sie müssen Ihre Angaben eventuell mit dem Eid bekräftigen. Der Zuckerbefreiungsantrag ist doch von Ihnen selbst unterzeichnet worden. — Rechtsanwält Leo: Jedenfalls wußte Sie, daß an der Spitze des Ministeriums, das über Zuckerbefreiungen zu entscheiden hatte, Ihr Parteifreund Hermes stand. — Zeuge: Das allerdings.

Hierauf wurde die Vernehmung des Zeugen abgebrochen, der am heutigen Donnerstagmorgen noch einmal in Gegenwart des Ministers Hermes vernommen werden soll. Die Verhandlung selbst wurde auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt.

abzubrechen, hat der Polizeipräsident neue Rattenvertilgungstage für Sonnabend, den 16. Dezember, und Sonntag, den 17. Dezember, in Aussicht genommen. Das Nähere über die Vertilgungstage wird in einiger Zeit bekanntgemacht werden.

Die Gebühren für Auskünfte im Einwohnermeldeamt sind auf 25 M. für jeden einzelnen Fall erhöht worden. Auch für die Ausstellung von Führungszeugnissen wird der gleichfalls erhöhte Satz von 25 M. erhoben.

Infolge der wiederholten Erhöhung der Standgelder in den Markthallen hatte sich unter den Standhabern eine lebhafteste Mißstimmung bemerkbar gemacht. Diese fand darin ihren Ausdruck, daß die Inhaber am Montagabend ihre Stände zeitweilig schlossen und sich in Protestzügen nach dem Rathaus begaben, woselbst sie den Vertretern der Fraktionen ihre Wünsche mitteilten.

Proletarische Freierstunden. Sonntag, den 12. November, abends 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus die nächste Veranstaltung Rat. Der Sprechchor spricht zum ersten Male Schönlants Dichtung „Großstadt“. Eintrittskarten à 30 Mark sind an den bekannten Stellen zu haben.

Arbeiter-Bildungsschule. Der am vorigen Freitag ausgefallene Kursus über Wildweien findet diesen Freitag, abends 8 Uhr, in der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17, bestimmt statt.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Für sämtliche Theatervorstellungen im Monat November wird ein Zuschlag von 10 M. pro Karte erhoben. Die zweite Serie Konzerte ist ausverkauft. Einzelkarten für das 1. Konzert am 5. November in der Alten Garnisonstraße, Neue Friedrichstraße (O-dur-Resse von Beethoven) zum Preise von 30 M. pro Stuhl sind im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr. Zimmer 8 und am Tage des Konzerts an der Kasse zu haben. Verlosung von Kunstwerken, Keramiken und Büchern: Ziehung am 1. Dezember er. Lot 30 pro Stuhl 30 M. Zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen.

Sprechchor für die Proletarischen Freierstunden heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Kula der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17; Übungsstunde.

Todesurteil gegen einen Mädchenmörder. In dem Nordprozeß vor dem Seppinger Schwurgericht gegen den 19jährigen Dienstknecht Bruno Alfred Hommel aus Mülshen, der seine Geliebte, die Dienstmagd Martha Koedia aus Nerchau erdrosselt hat und von einem Eisenbahnzuge zermalmen ließ, sprachen die Geschworenen den Angeklagten des Mordes schuldig. Hommel wurde zum Tode verurteilt.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Außerordentliche Mitgliederversammlungen am Donnerstag, den 2. November:

Friedenau: Jugendheim Offenbacher Str. 3a. — Westlich I: Jugendheim Wändener Str. 2. — Stralauer Viertel: Jugendheim Gemeindefabrik Roggenstraße 3. — Reichenberger Viertel: Jugendheim Gemeindefabrik Ophstr. 2a. — Cölln: Jugendheim Gemeindefabrik Stadthagenstr. 14. — Altes Rathaus: Jugendheim Gemeindefabrik Wollweberstr. 14. — Altes Rathaus: Jugendheim Gemeindefabrik Wollweberstr. 14.

Jugendheim Gemeindefabrik Wollweberstr. 7. — Reichenberger Viertel: Jugendheim Gemeindefabrik Ophstr. 12-14. — Wedding: Jugendheim Gemeindefabrik Wollweberstr. 14.

Auf diesen Mitgliederversammlungen muß zu der Generalversammlung und zu den Beschlüssen zu den Ortsgruppen des Bezirksvorstandes Stellung genommen werden.

Die Fortsetzung der Generalversammlung findet am Sonnabend, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Kula der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17, statt. Tagesordnung: Ortsgruppen zum Bezirksvorstand. Bericht vom Reichsaussch. Anträge, Verlesung. Die Delegierten müssen das Mandat und das auf der Generalversammlung am 22. Oktober abgestempelte Mitgliedsbuch vorlegen. Ggf. erhalten nur Patriot, wenn sie die Gasse und das abgestempelte Mitgliedsbuch aber nur das abgestempelte Mitgliedsbuch vorlegen.

Frühere Sozialistische Proletarierjugend.

Eine Sitzung der Zentrale findet heute abend pünktlich 6 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3 statt. Alle Mitglieder der Zentrale müssen unbedingt erscheinen.

Eine Sitzung des Zentralvorstandes findet heute abend pünktlich 7 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3 statt. Alle Mitglieder des Zentralvorstandes müssen unbedingt erscheinen.

Sport.

- Kennen zu Mariendorf am Mittwoch, den 1. November.
1. Kennen. 1. Bombay (Rogal), 2. Gontrekna (Nichtenfeld), 3. Doffnung II (H. Wils), 4. Toto: 27:10. Schlag: 14, 12, 19:10. Ferner: Hejen: Nordhorn, Vollzug, Erich I. Bassenkämmer, Dinsende, Normant I.
 2. Kennen. 1. Vinga (Held), 2. Ringius, 3. Florentiner (Herm. Schlegel), 4. Karonna (H. Lautenberger). Toto: 22:10. Schlag: 14, 24:10. Ferner: Hejen: Gaweim, Rabb Heuborn, Belsa Damsen.
 3. Kennen. 1. Trocus (H. Brandt), 2. Boffander (Meinow), 3. Topfhammer (Reich), 4. Toto: 21:10.
 4. Kennen. 1. Erdmann (H. Ringius), 2. Carl Ruser (Weidmüller), 3. Dabanon (H. Freund), 4. Toto: 49:10. Schlag: 14, 14, 24:10. Ferner: Hejen: Floit, Grematis blau, Wiene III, Teufelsbart, Bute, Ull.
 5. Kennen. 1. Weibne (Stuppinger), 2. Edina (H. Brandt), 3. Durckbusch (H. Wils), 4. Toto: 15:10. Schlag: 12, 22, 26:10. Ferner: Hejen: Hra. Grabidla, Hra. Schuch, Erdmüller, Eignard.
 6. Kennen. 1. Kanteufel (Weidmüller), 2. Krader (Hedert), 3. Julial (H. Freund), 4. Toto: 27:10. Schlag: 16, 25, 31:10. Ferner: Hejen: Julia Dillen, Alektrub, Romarhilt, Duga, Brocade, Marich, Hddy, Wandarin, Radelsen.
 7. Kennen. 1. Rih Gregor (H. Treuberg), 2. Carllein (H. Ringius), 3. Fridolin III (Doelmann), 4. Toto: 79:10. Schlag: 29, 34, 20:10. Ferner: Hejen: Worganat, Hoffnung II, Ludmilla I, Friedensmarke, Flora Singe, Telle, Molant, Eichelhart, Die Belle.
 8. Kennen. 1. Freiburg (Hedert), 2. Watahor I (H. Treuberg), 3. Weinbar (H. Lautenberger), 4. Toto: 191:10. Schlag: 28, 15, 59:10. Ferner: Hejen: Uraucht, Wollsch, Erdemann, Hilda, Wilhelmina, Respekt, Kantred.

Wetter bis Freitag mittag. Anfangs etwas wärmer, aber zunehmend trübe mit wiederholten, besonders im Norden diehtigen ergiebigen Niederschlägen bei starken südwestlichen Winden. In der Nacht auf Freitag und Samstag und frühen nordwestlichen bis nördlichen Winden.

